

Bundespräsident:

- Wahl
 - maximal 2 Amtszeiten á 5 Jahre
 - mindestens 40 Jahre alt
 - erste zwei Wahlgänge: absolute Mehrheit (50%+1)
 - dritter Wahlgang: relative Mehrheit (Kandidat mit den meisten Stimmen)
 - Bundesversammlung (Wahlgremium) besteht aus
 - allen Abgeordneten des Bundestages
 - einer gleichen Anzahl von durch die Volksvertretungen der Länder (Landtage, Abgeordnetenhaus Berlin, Bürgerschaft Bremen/Hamburg) gewählten Vertreter, diese müssen selbst keine Abgeordneten sein
- Aufgaben
 - ernennt und entlässt:
 - Bundeskanzler aufgrund Wahl im Bundestag
 - Bundesminister auf Vorschlag des Bundeskanzlers
 - Bundesrichter, Bundesbeamte, (Unter-)Offiziere der Bundeswehr
 - unterzeichnet Gesetze, bevor sie im Bundesanzeiger veröffentlicht und damit gültig werden können
 - löst Bundestag auf
 - wenn nach drei Wahlgängen kein Kanzler gewählt wurde
 - dritter Wahlgang: alternativ kann der Kandidat mit relativer Mehrheit ernannt werden
 - wenn ein Kanzler die Abstimmung zur Vertrauensfrage verliert
 - Begnadigungsrecht

Bundestag

- Wahl
 - Erststimme: 299 Direktkandidaten aus den Wahlkreisen
 - Zweitstimme: Maßgeblich für Sitzverteilung (5%-Klausel), Vergabe an Kandidaten der Landeslisten der jeweiligen Parteien
 - alle 4 Jahre
- Plenum (öffentliche Vollversammlung)
 - Debatten zu politischen Auseinandersetzungen und Vorhaben
 - Debattendauer von Ältestenrat festgesetzt, Redezeit pro Fraktion von deren Größe abhängig, Prinzip Rede und Gegenrede
 - Kontrollrechte gegenüber Regierung: aktuelle Stunden, kleine und große Anfragen, Fragestunden

- offene Abstimmung über Gesetzesvorlagen, im Vorfeld Probeabstimmungen in den Fraktionen, Fraktionsdisziplin üblich aber nicht verbindlich
- wählt Bundeskanzler
- setzt Untersuchungsausschüsse zur Kontrolle von vermutetem Fehlverhalten staatlicher Stellen oder Personen ein
 - benötigt Zustimmung durch 25% der Abgeordneten
- Ausschüsse
 - nach politischen Fachbereichen getrennte Arbeitsgruppen
 - diskutieren über konkrete Ausarbeitung von Gesetzentwürfen, hören externe Sachverständige dazu an
 - bestehen aus Experten der Fraktionen entsprechend deren Größe im Parlament
 - Ausnahme Petitionsausschuss: Anlaufstelle für Beschwerden und Eingaben von Bürgern

Bundesverfassungsgericht

- Wahl
 - jeweils die Hälfte durch Bundesrat und Bundestag
 - Bundestag bildet dazu 12-köpfigen Wahlausschuss
 - Zweidrittelmehrheit
 - maximal 1 Amtszeit von 12 Jahren
 - bisheriger Konsens in der Praxis: Regierungspartei räumt Koalitionspartner Vorschlagsrecht ein, SPD und CDU/CSU räumen sich gegenseitiges Vorschlagsrecht ein
- Normenkontrolle
 - Prüft bestehende Gesetze auf ihre Übereinstimmung mit dem Grundgesetz
 - abstrakte Normenkontrolle: Antrag von Bundestag, Bundesrat oder Landesregierung
 - konkrete Normenkontrolle: Antrag eines anderen Gerichts
- Verfassungsbeschwerde
 - kann jeder Bürger stellen, der sich in seinen Grundrechten verletzt fühlt
 - kann sich gegen ein Gesetz, ein Gerichtsurteil oder eine behördliche Maßnahme richten
 - bei Zustimmung des BVerfG wird die Entscheidung anderer Instanzen aufgehoben
- Entscheidet bei Verfassungsstreitigkeiten zwischen anderen staatlichen Organen (z.B. zwischen Ländern oder Land und Bund)
- Partei-Verbotsverfahren
 - beantragt von Regierung, Bundesrat oder Bundesrat
 - Ziele/Handlungen einer Partei dürfen nicht gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sein
- Prüfung von erfolgten Wahlen auf Rechtmäßigkeit und korrekte Durchführung
 - kann Neuwahlen anordnen

Bundesrat

- Mitglieder
 - Vertreter der 16 Landesregierungen, müssen selbst der jeweiligen Regierung angehören
 - Stimmanzahl abhängig von Bevölkerungszahl des Landes, Stimmabgabe nur einheitlich
 - Minimum: 3 Stimmen; > 2 Mio. Einwohner: 4 Stimmen; > 6 Mio. Einwohner: 5 Stimmen; > 7 Mio. Einwohner: 6 Stimmen
- Initiativrecht
 - kann Gesetze beschließen, die dann von der Bundesregierung dem Bundestag vorgelegt werden
- Zustimmungsgesetze
 - betreffen Finanzen, Verwaltung oder sonstige Hoheitsrechte der Länder oder das Grundgesetz
 - benötigen Zustimmung des Bundesrates
- Einspruchsgesetze
 - alle anderen Gesetze, Bundesrat kann Einspruch erheben
 - Bundestag kann den Einspruch mit einer Mehrheit überstimmen, die der im Bundesrat zustande gekommenen Mehrheit entspricht (einfache oder zweidrittel Mehrheit)
 - wenn keine Einigung zustande kommt kann der Vermittlungsausschuss angerufen werden, besteht aus 16 Mitgliedern des Bundestags und je einem Vertreter jedes Bundeslandes

Bundeskanzler und Bundesregierung (Kabinett)

- Wahl
 - auf Vorschlag des Bundespräsidenten, wird nach der Wahl von ihm ernannt
 - erster und zweiter Wahlgang: absolute Mehrheit (50%+1), dritter Wahlgang: relative Mehrheit
- Mitglieder der Regierung (Bundesminister)
 - werden auf Vorschlag vom Bundeskanzler vom Bundespräsidenten ernannt
 - Ressortprinzip: Bundesminister führen ihr Ressort (z.B. Wirtschaft, Inneres, Energie, Verkehr, ...) eigenverantwortlich
 - Kollegialprinzip: bei internen Konflikten entscheidet Mehrheitsbeschluss
- Kanzler
 - Befehlsgewalt des Militärs im Verteidigungsfall
 - Richtlinienkompetenz: Kanzler legt Grundlinien der Innen- und Außenpolitik fest
 - als einziger demokratisch legitimiert, dem Parlament gegenüber verantwortlich
- konstruktives Misstrauensvotum: Bundestag kann einen neuen Kanzler wählen
- Vertrauensfrage: vom Bundeskanzler initiiert, versagt die Mehrheit das Vertrauen kann der Bundespräsident den Bundestag auflösen und Neuwahlen ansetzen